

Grundzüge einer demokratischen Reformation Deutschlands

Vorbemerkung

Bisher haben wir nur gemeckert und glossiert. Wir haben, wie viele andere auch, festgestellt, dass sich die so genannten demokratischen Parteien abgewirtschaftet haben und in Korruption untergehen. Angesichts der zunehmenden **Kopfllosigkeit** unseres Regierungspersonals und der **Planlosigkeit** der Führer der etablierten politischen Parteien werden wir zukünftig die

„**Alternative für Deutschland (AfD)**“

unterstützen.

Die soziale Marktwirtschaft, die unsere Väter nach ihrem verheerend verlorenen Weltkrieg in Deutschland ins Leben gerufen haben, ist inzwischen vom internationalen Kapital liquidiert worden. Deutschland ist aktuell mit über **2.000 Milliarden Euro bei privaten Investoren verschuldet!** Diese Schulden steigen weiter und reißen immer größere Löcher in das soziale Netz. Darüber hinaus schwelt die westliche Finanzkrise ungebrochen seit mehreren Jahren und ein Ende ist nicht abzusehen. Starke politische Kräfte arbeiten daran, unser Grundgesetz immer weiter auszuhebeln. Die Regierung selbst bricht immer öfter geltendes Recht und verletzt unsere Verfassung. Sie pfuscht in allen Politikfeldern nur noch herum! Mit dieser zunehmenden „Chaotisierung“ unseres Gemeinwesens sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialwesen, wie wir sie wollen, akut in Gefahr!

Es ist deshalb höchste Zeit, etwas zu unternehmen !

- Wir fühlen uns verpflichtet, gemäß **Artikel 20, Absatz 4**, des Grundgesetzes, Widerstand gegen diese undemokratische Politik zu leisten. Noch ist der rechtliche Rahmen dafür in Deutschland vorhanden. Wir wollen, dass der Amtseid, den unsere Staatsführer allesamt immer wieder feierlich ablegen, nicht mehr ständig gebrochen und dass weiterer Schaden vom deutschen Volk abgewendet wird.
- Wir werden gewaltlosen, demokratischen Widerstand gegen die herrschende Oligarchie aus Kapitaleignern, Parteibonzen und hohen Staatsbeamten leisten. Wenn Sie daran teilnehmen wollen, studieren Sie zunächst bitte einmal gründlich unser Grundgesetz! Vergleichen Sie anhand jedes einzelnen Artikels den **Gesetzestext** und unsere **Wirklichkeit**. Dann prüfen Sie, ob Ihnen **unsere Grundzüge** für eine demokratische Reform unseres Staates geeignet erscheinen, die riesige Kluft zwischen **Gesetzesanspruch** und **Wirklichkeit** maßgeblich zu verringern. Vielleicht stimmen Sie zu und haben weitere Vorschläge. Dann wären Sie in unserer Bewegung richtig!

Reformen, wie sie von den so genannten Politikern jeden Tag im Munde geführt werden, sind nichts weiter, als weiterer Abbau der Bürgerrechte und führen zur Zerstörung unserer Kultur und Gesellschaft. Deutschland benötigt im 500 Jahr der Reformation dringend eine **demokratische Reformation**. Hier sind unsere Vorschläge:

Präambel

Unser Grundgesetz ist gut! Aber es kann verbessert und zu einer echten **Verfassung** im Namen des Volkes erweitert werden! Bereits die Modifizierung einiger wichtiger Grundlagen unseres Staats- und Rechtswesens wird die Abwärtsentwicklung stoppen, in der sich unser Volk seit der so genannten Wiedervereinigung 1989 befindet. Wir brauchen jedoch keine Grundwertediskussionen! Unsere Grundwerte stehen bereits in unserem Grundgesetz! Wir müssen sie nur verwirklichen!

Wenn sich jeder Deutsche zudem an die drei alttestamentarischen Gebote:

- **1. „Du sollst nicht töten!“**
- **2. „Du sollst nicht stehlen!“**
- **3. „Du sollst nicht lügen und betrügen!“**

hält, kann er sich sogar das Studium der ganzen unübersichtlichen deutschen Gesetzeswust sparen! Jeder kann nach diesen einfachen Prinzipien die Handlungen eines Einzelnen, einer Vereinigung, eines Unternehmens und unseres Staatsapparates prüfen und bewerten. Versuchen sie es! Sie werden staunen!

Ehrliche Arbeit muss wieder die Grundlage unseres Lebens und jeglicher Betrug muss bekämpft werden.

Dafür genügen einige wenige Gesetzesänderungen.

1. Verfassung

a) Wir handeln auf der Grundlage unseres Grundgesetzes. Dennoch muss dieses im Sinne der Entwürfe der Herbstrevolution 1989 zu einer **Verfassung** werden. Dazu gehören zuerst **Das Recht auf politischen Streik** und die strikte **Trennung von Kirche und Staat**.

Darüber soll Deutschland zu einer **Präsidialdemokratie** nach amerikanischen Vorbild reformiert werden. Die Amtszeit des **Präsidenten** darf maximal **zwei mal fünf Jahre** betragen. In diesem Zusammenhang ist ein wirksames **Amtsenthebungsverfahren**, auch per Volksentscheid, zu installieren. Wir wollen ein **Mehrheitswahlrecht** und das Direktmandat soll gestärkt werden. Überhangmandate werden abgeschafft.

Grund: Wenn sich ein Präsident mit seiner Mannschaft quasi andauernd im Wahlkampf befindet, kann er nicht vernünftig regieren. Ein Programm, nachdem er und seine Partei gewählt wurden, kann in weniger als fünf Jahren in der Regel nicht umgesetzt werden, vor allem wenn in einer Koalition regiert werden muss. Besser wären 10 Jahre. Damit ein **Präsident** aber nicht, wie überall zu beobachten ist, innerhalb von fünf Jahren zum Diktator werden kann, ist das Vorhandensein eines Gesetzes für eine **Amtsenthebung** wichtig.

b) **Sieben Bundesländer** mit sieben MPs und sieben Landesparlamenten, einschließlich ihres ganzen Beamtenheeres, sind für Deutschland ausreichend. Vorschläge zur Reformierung der Bundesländer stehen schon seit Jahrzehnten auf der politischen Agenda, aber keine Regierung hatte bisher die Kraft, eine Veränderung durchzusetzen. Wir wollen das machen, weil es dringend notwendig und für Deutschland besser ist!

c) Folgende Unternehmen werden, soweit nicht bereits geschehen, aus der Eigentumsgarantie des Artikels 14, Absatz 1, herausgenommen und endgültig in **Gemeineigentum** überführt:

- Die Bundesbank, sonstige staatliche Geldinstitute, die Landesbanken und alle Geldinstitute, die die BRD im Rahmen des Bankenrettungsschirmes bereits realiter erworben hat;
- Die deutsche Eisenbahn;
- Das deutsche Autobahnnetz;
- Das deutsche Straßennetz;
- Alle Kernkraftwerke;
- Die Wasserwirtschaft;

Grund: Unternehmen der Daseinsfürsorge haben in Privathand nichts zu suchen und müssen frei von Profitorientierung betrieben werden. Wenn die Privatbanken die Realwirtschaft und die Bürger nicht mit Geld versorgen wollen, sollen dies die staatlichen Banken zu konkurrenzfördernden Konditionen tun. Es gibt keine politische und soziale Begründung, Geldschöpfungsprivilegien an private Gruppen zu verleihen. **Geldwirtschaft ist grundlegende Daseinsfürsorge** und nicht privates Casino weniger Privilegierter. Bereits mit *fünf Prozent* Nominalverzinsung von Krediten kann der Staatshaushalt in wenigen Jahren saniert werden. Derzeit läuft es gerade umgekehrt! **Ganz wichtig:** Das Casino des Privatkapitals wird künftig mit 5 Prozent **Tobinsteuer** (= Umsatzsteuer) belegt.

d) Die **Nachsorge** der verbrecherischen Hinterlassenschaft der Kernkraftwerksbetreiber ist ein besonders schwieriges Problem und wird uns Deutsche noch **1 Million Jahre** beschäftigen. Die Eigentümer dieser Anlagen werden deshalb entschädigungslos enteignet. Das deutsche Volk hat deren Profitsucht bereits ausreichend subventioniert! Der gegenwärtige Wert der Anlagen wiegt die Kosten der Demontage und Nachsorge sowie der Endlagerung bei weitem nicht auf!

2. Staatswesen

Parlamentarier sollen für eine **fünfstufige Legislaturperiode** gewählt werden. Ihre Unabhängigkeit gegenüber Kapital und Regierung muss verbessert werden. Sie müssen die Regierung wirklich kontrollieren können. Dazu sind ihre Rechte nach US-Vorbild zu stärken. Aber sie müssen auch offenlegen, auf wessen *Gehaltsliste sie noch stehen!*

Zudem sind Legislative und Exekutive strikt zu trennen. Wer ein **Regierungsamt** antreten will, muss sein eventuell vorhandenes **Abgeordnetenmandat** abgeben. Verliert er sein Amt, egal warum und in welcher Ebene, kann er erst bei Neuwahlen wieder für ein Abgeordnetenmandat kandidieren. Soziale Übergangsregeln sollen dieses Risiko ausreichend abfedern. Außerdem: Regierungsmitarbeiter sind Angestellte (der Republik), keine Beamten! Für sie gelten die Regeln wie für alle anderen Arbeitnehmer der Bundesrepublik. Die **Drehtürenpolitik** des **Lobbyismus** wird abgeschafft!

Die Minister, ihre Staatssekretäre und Abteilungsleiter, haben den „Sachverstand von innen“ zu fördern. Kooptierung von so genanntem „Sachverstand von außen“ muss eine absolute Ausnahme werden. Wenn die Mitarbeiter eines Ministeriums den erforderlichen Sachverstand nicht haben, müssen sie ihre Stühle für solche räumen, die ihn besitzen und nicht auf Steuerkosten zusätzlich teure „Spezialisten“ von außen engagieren.

Der Ministerpräsident bekommt ein Vetorecht zu Ministervorschlägen der Koalitionäre!

3. Innenpolitik

a) **Deutscher** ist, wer die Deutsche Staatsbürgerschaft besitzt **und** in Deutschland Steuern zahlt. Wer aus Steuergründen aussiedelt oder bei Steuerbetrug und Kapitalverschiebung erwischt wird, wird ausgebürgert. Artikel 16, Absatz 1 des Grundgesetzes wird entsprechend modifiziert. **Die Doppelstaatsbürgerschaft wird abgeschafft!** Die Bürger in Deutschland, egal ob Einheimische oder Immigranten, weiß, schwarz, gelb oder rot, Atheisten, Moslems, Juden oder Christen, sollen sich entscheiden, ob sie Deutsche sein und bleiben wollen, oder nicht. Wenn ein Deutscher ehrlich arbeitet und Steuern zahlt, ist er von unserer Gemeinschaft sowohl in unserem Land wie überall auf der Welt **unter allen Umständen** zu schützen und zu unterstützen, so dass er stolz darauf sein kann, Mitglied unseres Staates und unserer Wertegemeinschaft zu sein.

Das Aufenthaltsrecht für Nichtdeutsche wird begrenzt. Im übrigen reichen die derzeitigen Asylgesetze aus, um Wirtschaftsflüchtlinge von Deutschland fern zu halten. Unser Problem sind nicht die Wirtschafts-, sondern die Steuerflüchtlinge.

Es gibt keinen Grund, uns gegen einwanderungswillige Ausländer abzuschotten. Wenn sie bei uns leben, das Grundgesetz achten, ehrlich arbeiten und Deutsche werden wollen, sind sie uns willkommen! Dabei müssen wir uns an den Einwanderungsregeln solch toleranter und erfolgreicher Staaten wie Kanada, Australien oder Neuseeland orientieren.

b) Informationsfreiheit und Datenschutz, so wie die internationalen Datenschützer und die Deutsche Mitte es fordern, müssen unbedingt durchgesetzt werden.

c) Das **Schulsystem der Schulpflicht** wird *inhaltlich* zentralisiert. Das dreigliedrige Schulsystem wird beibehalten. Aufklärung und Bildung müssen wieder die Grundpfeiler des Erfolgs der Deutschen werden! Die Kommunen bleiben für die Betreibung der Schulen *organisatorisch* verantwortlich. Private Schulen werden erst ab der 9. Klasse zugelassen. Die Verantwortung für die Hilfe und Förderung benachteiligter Kinder ist in die Schulen und Kindergärten zu legen. Deren Leiter und Erzieher kennen die bedürftigen Familien am besten. Dafür sind sie ausreichend zu budgetieren. Für die Grundschulen bis Klasse 8 wird ein Klassenteiler von **maximal 20 Schülern** angestrebt. Der Lehrberuf muss wieder höchste Anerkennung erfahren! Staatlichen Universitäten ist Priorität einzuräumen. Der Einfluss des Kapitals auf Forschung und Lehre bei Hoch- und Fachschulen ist zu minimieren. Private Hochschulen bleiben zugelassen.

d) **Beamte** gibt es nur noch bei den **Gerichten**, den **Finanzämtern** und der **Polizei**. Ansonsten wird das Beamtentum auf ein Mindestmaß gestutzt. Beamte sind an den Renten- und Sozialabgaben zu beteiligen. Der Status des Berufssoldaten wird nicht angetastet.

e) Das **Rentenumlagesystem** wird wieder umfassend durchgesetzt. Kapitalrente ist lediglich Zusatzrente und vom staatlichen Rentensystem zu trennen. Nach dem Schweizer Modell werden einheitlich **alle Bürger mit allen Einkommensformen** am staatlichen Rentensystem beteiligt.

f) Es wird eine für alle Bürger obligatorische **Gesundheitsversicherung** eingeführt. Grundlage hierfür ist wie beim Rentenbeitrag die Gesamtheit aller Einkommen. Die **Beitragsbemessungsgrenze** und die Deckelung der Arbeitgeberbeiträge werden

abgeschafft. Der private Zukauf von Gesundheitsleistungen und Unfallversicherungen bleibt unbenommen.

g) Die **Vorratsdatenspeicherung** wird abgeschafft. Die im deutschen Strafverfahrensrecht bisher vorhandenen Regelungen zur Daten-, Telefon- und Wohnungsüberwachung potentieller Straftäter unter richterlicher Aufsicht müssen zur Kriminalitätsbekämpfung ausreichen. Dafür ist die **Polizei**, insbesondere die Kriminal- und Bundespolizei, personell und materiell **entscheidend besser** auszustatten. Der Widerspruch zwischen immer schneller fortschreitenden Einengung der bürgerlichen Rechte und immer weiterem Abbau qualifizierten Personals für die Verbrechen- und Terrorismusbekämpfung – insbesondere auch der Wirtschaftsstraftaten – muss schnellstmöglich aufgelöst werden.

Die **Finanzämter** sind personell ebenfalls zu stärken.

h) Die Konzentration des Kapitals muss strenger kontrolliert werden. Dadurch wird Wettbewerb zunehmend verhindert! Deshalb ist die Bedeutung und Wirkungsmacht des **Bundeskartellamtes** nachhaltig zu stärken. Wirtschafts-, Finanz- und Medienkartelle sind ab einer bestimmten Konzentration nach früherem amerikanischem Vorbild zu zerschlagen. Dafür sind die gesetzlichen Regelungen entsprechend weiter zu entwickeln.

4. Energie und Wirtschaftspolitik

a) Wir fördern alle Maßnahmen, die der **Energieeinsparung** dienen.

b) Wir fördern alle Unternehmungen und Maßnahmen, die die **Zerstörung** der Umwelt senken bzw. stoppen helfen.

c) Die **Kernenergieerzeugung** wird von uns ebenfalls wieder gefördert! Jedoch unter vollkommen anderen Regeln als bisher. Die **Lüge** von der Möglichkeit des Ausstiegs aus der Atomkraft wird von uns bekämpft!

Grund: Ein Ausstieg ist deshalb unmöglich, weil wir, wie unsere Kinder und unsere Kindeskinde, bereits unwiderruflich für Jahrhunderte auf der „**strahlenden Asche**“ sitzen. Daher ist es geradezu irrational, wenn Deutschland weltweit allein aussteigt und bei seinen Nachbarn Atomstrom kauft, wie es die gegenwärtige Regierung in ihrer Angst vor einer Abwahl ad hoc veranlasst hat. Das wissen sogar die Grünen!

d) Weil alle Vorgängerregierungen sich nicht um die **Endlagerungsproblematik** gekümmert haben, müssen **das Problem jetzt wir lösen**. Dazu ist viel Geld nötig! Die über dreißig Jahre alten KKW müssen abgebaut, und durch modernste Anlagen der 4. Generation ersetzt werden. Die überzähligen Brennstäbe sollen recycelt und dort verheizt werden. Ziel aller Entwicklung auf diesem **neuralgischsten Sektor** der deutschen Wirtschaft muss die Umsetzung der **Thorium-Technologie**, die Kernfusion und die **Lösung der Endlagerungsfrage** (beispielsweise nach finnischem Vorbild) sein.

e) In Deutschland wird ein **Tempomaximum** für Kraftfahrzeuge von **150 km/h** eingeführt.

5. Sozialpolitik

Wir befürworten eine bedingungslose Grundversorgung in Höhe von **1000 Euro** für jeden deutschen Staatsbürger. Das entwürdigende „Sozialhilfverfahren“ wird abgeschafft. Wir befürworten ebenso einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von **10 Euro/Arbeitsstunde**. 21 Länder Europas besitzen bereits ähnliche Regelungen. Wir werden dafür sorgen, dass auch

die östlichen und südeuropäischen Mitglieder dies tun. Lohndumping von außen wie von innen werden wir bekämpfen.

6. Außenpolitik

Wir fordern den unverzüglichen Abzug der **Anglo-Amerikanischen Besatzer**. Die Russen sind gegangen. Es wird Zeit, dass die Engländer und US-Amerikaner ebenfalls gehen!

Wir fordern die Streichung der **Feindstaatenklausel** aus den UN-Verträgen! Wir fordern einen **Friedensvertrag** mit allen Kriegsgegnern des WK II.

Europa ist wegen der jahrelangen falschen Wirtschafts- und Fiskalpolitik in einer schlimmen Krise. Dennoch ist das Ziel eines **gemeinsamen, friedlichen Europas** richtig. Aber die Europapolitik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden! Eine schnelle Harmonisierung der Steuer-, Sozial- und Fiskalgesetzgebung der Mitgliedsstaaten ist für eine Zusammenwachsen Europas unabdingbar. Erst dann kann man miteinander über einheitliche Außenpolitik sprechen. Und erst danach kann der **Euro** wirklich eine **stabile Währung** werden.

Alle unsere deutschen und europäischen Wirtschaftsaktivitäten müssen zuerst auf Ausgleich der Handels- und Leistungsbilanzen gerichtet sein. Staatsgarantien für in so genannte „Systempleiten“ verwickelte Privatbanken wird es mit uns nicht geben. Für Staats- und Landesbanken wird das Casino verboten! Wir werden den Profit, der durch unausgeglichene Handelsbilanzen generiert wird, nicht weiter mit Steuergeld subventionieren!

Der Staat hat durchaus rechtliche Mittel, um mit Finanzspekulanten fertig zu werden. Was derzeit fehlt, ist der politische Wille dazu.

Wir werden uns besonders um gute Beziehungen zu **Moskau, Peking** und **Washington** bemühen. Russland und China werden wir ermuntern, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse voranzutreiben, damit unsere Wirtschaft, unsere Forscher und Lehrer die guten Ansätze der bestehenden Kooperationen rasch und umfangreich ausbauen können.

Wir wollen eine **Bundeswehr**, die zur Verteidigung unseres Landes wirklich in der Lage ist! Deshalb werden wir unverzüglich die Wehrpflicht und die soziale Dienstpflicht wieder einführen! Darüber hinaus muss die Bundeswehr unverzüglich „entgendert“ werden!

Wir fordern den Austritt Deutschlands aus der **NATO**! Einsätze unserer **Bundeswehr im Ausland**, die nicht von der UNO gedeckt sind, werden wir **verhindern**.

Das bedeutet auch:

Wir holen unsere Soldaten aus allen Auslandseinsätzen schnellstmöglich zurück.

Dresden, 31. Oktober 2017